

Regionalgericht
Bern Jura-Seeland

Tribunal régional
Jura bernois-Seeland

EINGANG

Strafabteilung
Gerichtspräsidentin
Holzer-Zaugg

Section pénale

1 & Feb. 2019

DPR

Spitalstrasse 14
Postfach 1084
2501 Biel/Bienne
Telefon 031 636 36 20
Fax 031 634 50 61
regionalgericht-straf.biel@justice.be.ch
www.justice.be.ch/regionalgerichte

Urteilsbegründung

PEN 17 921

Biel/Bienne, 15. Februar 2019

Strafverfahren

Regionale Staatsanwaltschaft Berner Jura-Seeland, Ländtestrasse 20, Postfach 1180,
2501 Biel/Bienne

vertreten durch Staatsanwältin Rodriguez (BJS 2017 20382)

Anklagebehörde

gegen



verteidigt durch Rechtsanwalt Benjamin Domenig, Hirschengraben 2, Postfach 2276,
3001 Bern

Beschuldigter

wegen **Missbrauch von Ausweisen und Schildern**

BEGRÜNDUNG DES URTEILS VOM 30.11.2018

Inhaltsverzeichnis

I.	Prozessgeschichte.....	3
1.	Anzeigerapport vom 27.06.2017.....	3
2.	Strafbefehl vom 25.08.2017.....	3
3.	Anwaltliche Vertretung und Einsprache vom 07.09.2017.....	3
4.	Einsprachebegründung	3
5.	Festhalten am Strafbefehl vom 19.10.2017	4
6.	Beweisanträge des Beschuldigten.....	4
7.	Hauptverhandlung vom 30.11.2018.....	5
8.	Begründung des Urteils	5
II.	Sachverhalt und Beweiswürdigung	5
1.	Angeklagter Sachverhalt	5
2.	Objektive Beweismittel	5
2.1.	Anzeigerapport vom 27.06.2017.....	5
2.2.	Edierte Akten SVSA (p. 44 ff)	6
3.	Subjektive Beweismittel.....	6
3.1.	Aussagen des Beschuldigten	6
3.2.	Aussagen des Zeugen.....	7
4.	Unbestrittener und bestrittener Sachverhalt.....	8
5.	Beweiswürdigung	8
III.	Rechtliche Würdigung	9
1.	Missbrauch von Ausweisen und Schildern (Art. 97 Abs. 1 lit. b SVG).....	9
2.	Objektiver Tatbestand	9
3.	Subjektiver Tatbestand.....	9
4.	Subsumtion	10
IV.	Kosten und Entschädigungen.....	11
1.	Verfahrenskosten	11
2.	Parteientschädigung.....	11

I. PROZESSGESCHICHTE

1. Anzeigerapport vom 27.06.2017

Mit Anzeigerapport vom 27.06.2017 wurde [REDACTED] betreffend dem Kontrollschild [REDACTED] wegen Nichtabgabe von Ausweis(en) und Kontrollschild(ern) trotz behördlicher Aufforderung durch die Kantonspolizei Bern, Regionalpolizei Seeland-Berner Jura angezeigt (p. 1 f.).

2. Strafbefehl vom 25.08.2017

Mit Strafbefehl vom 25.08.2017 ([REDACTED]) der regionalen Staatsanwaltschaft Berner Jura-Seeland (nachfolgend Staatsanwaltschaft) wurde der Beschuldigte wegen Missbrauchs von Ausweisen und Schildern durch Nichtabgeben ungültiger oder eingezogener Ausweise oder Kontrollschilder trotz behördlicher Aufforderung (Kontrollschild [REDACTED]), am 30.05.2018 [REDACTED], schuldig erklärt. Die Staatsanwaltschaft verurteilte den Beschuldigten zu einer Geldstrafe von 5 Tagessätzen zu je CHF 120.00, ausmachend CHF 600.00, bedingt, unter Ansetzung einer Probezeit von 2 Jahren sowie zu einer Verbindungsbusse von CHF 200.00 (Ersatzfreiheitsstrafe bei schuldhaftem Nichtbezahlen 1 Tag). Des Weiteren wurden ihm die Verfahrenskosten von CHF 500.00 auferlegt (p. 12).

3. Anwaltliche Vertretung und Einsprache vom 07.09.2017

Mit Schreiben vom 07.09.2017 teilte Rechtsanwalt Benjamin Domenig, Bern, der Staatsanwaltschaft mit, dass er die Interessen des Beschuldigten vertrete und erhob frist- und formgerecht Einsprache gegen den Strafbefehl vom 25.08.2017. Dazu führte er aus, dass dem Beschuldigten die angeblichen behördlichen Aufforderungen nicht zugestellt worden seien und der ergangene Strafbefehl für den Beschuldigten somit nicht nachvollziehbar sei (p. 14 f.).

4. Einsprachebegründung

Mit Schreiben vom 10.10.2017 beantragte Rechtsanwalt Benjamin Domenig, das Verfahren gegen den Beschuldigten sei einzustellen und es sei dem Beschuldigten eine Entschädigung für die angemessene Ausübung seiner Verfahrensrechte zu bezahlen. Zur Begründung führte er im Wesentlichen aus, dass weder der objektive noch der subjektive Tatbestand von Art. 97 Abs. 1 lit. b SVG erfüllt sei. Ob dem Beschuldigten der Fahrzeugausweis und die Kontrollschilder entzogen worden seien, sei unklar bzw. die Verfügung vom 19.05.2017 (p. 4) sehe einen Entzug nur bedingt vor. Diese Frage könne allerdings offenbleiben, da die Bestrafung ausser Acht falle, wenn der Adressat von der an ihn gerichteten Entzugsverfügung und Aufforderung zur Abgabe von Ausweisen und

Begründung des Urteils vom 30.11.2018

PEN 17 921

Schildern infolge eines Eröffnungsfehlers keine Kenntnis habe. Die Verfügung vom 19.05.2017, worauf der Strafbefehl vom 25.08.2017 basiere, sei dem Beschuldigten per A-Post Plus zugestellt worden. Mittels A-Post Plus könne (wenn überhaupt) nur nachgewiesen werden, dass eine Verfügung in den Briefkasten gelegt worden sei, nicht aber, dass der Empfänger auch Kenntnis von der Zustellung und dem Inhalt der Verfügung erhalten habe. Der Beschuldigte habe bis am 16.06.2017 weder von einer ihm angeblich zugestellten Verfügung vom 19.05.2017 noch vom Umstand, dass er sein Fahrzeug hätte vorführen müssen, Kenntnis gehabt. Das Strafprozessrecht sehe vor, dass Strafbehörden ihre Mitteilungen durch eingeschriebene Postsendungen oder auf andere Weise gegen Empfangsbestätigung zustellen sollten (Art. 85 Abs. 2 StPO). Folglich sei - selbst wenn die Zustellung von verwaltungsrechtlichen Verfügungen per A-Post Plus ausreiche - eine strafrechtliche Verurteilung basierend auf einer A-Post Plus (und damit aus strafrechtlicher Sicht unzureichend) zugestellten Verfügung stossend und widerrechtlich. Vorliegende fehle es also an der behördlichen Aufforderung, wie es der Tatbestand voraussetze.

Nachdem der Beschuldigte endlich Kenntnis von der Verfügung vom 19.05.2017 erhalten habe, habe er innerhalb von 45 Minuten das notwendige Vorgehen mit der Polizei und dem Strassenverkehrsamt geklärt und das Vorgehen sodann eingehalten.

Weiter führte er aus, dass das Auto des Beschuldigten in einem absolut tadellosen Zustand sei. Der Beschuldigte habe keinen Grund gehabt, sich einer Prüfung des Fahrzeugs zu verweigern. Zudem lasse sich gestützt auf die Untersuchungsakten nicht feststellen, dass der Beschuldigte mehrfach aufgefordert worden sei, sein Fahrzeug vorzuführen (p. 30 ff.).

5. Festhalten am Strafbefehl vom 19.10.2017

Mit Verfügung vom 19.08.2017 (p.36 f.) wies die Staatsanwaltschaft den Antrag um Edition weiterer Verbindungsnachweise ab und hielt am Strafbefehl vom 25.08.2017 fest, verzichtete auf die Erhebung zusätzlicher Kosten für das Einspracheverfahren und überwies die Akten dem Regionalgericht Berner Jura-Seeland (nachfolgend: Regionalgericht) zur Durchführung des Hauptverfahrens.

6. Beweisanträge des Beschuldigten

Mit Eingabe vom 08.01.2018 (p. 61) beantragte Rechtsanwalt Benjamin Domenig, Herrn Hannes Grünig, Gruppenchef Stv. der Regionalpolizei Seeland-Berner Jura als Zeugen zu befragen. Zur Begründung führte er aus, Herr Grünig habe bezüglich der Abgabe der Fahrzeugschilder mit dem Beschuldigten Kontakt aufgenommen und könne Angaben über dessen Reaktion und Kooperation machen. Er könne insbesondere die Glaubwürdigkeit

der Aussage des Beschuldigten, dass er keine Kenntnis von der Entzugsverfügung gehabt habe, bestätigen.

Mit Verfügung vom 11.01.2018 wurde der Beweisantrag gutgeheissen (p. 63 f.).

7. Hauptverhandlung vom 30.11.2018

Am 30.11.2018 fand die Hauptverhandlung vor dem Regionalgericht in Anwesenheit des Beschuldigten, vertreten durch Rechtsanwalt Benjamin Domenig, statt (p. 115 ff.).

Es wurde der Zeuge Grünig Hannes befragt.

Nach Abschluss des Beweisverfahrens beantragte Rechtsanwalt Benjamin Domenig anlässlich seines Parteivortrages, dass der Beschuldigte von der Anschuldigung des Missbrauchs von Ausweisen und Schildern freizusprechen sei, dem Beschuldigten eine gerichtlich zu bestimmende Entschädigung für seine wirtschaftlichen Einbussen auszurichten sei, dem Beschuldigten eine Entschädigung in der Höhe von CHF 5'534.60 inkl. Mehrwertsteuer und Auslagen für die angemessene Ausübung seiner Verfahrensrechte auszurichten sei und dass die Verfahrenskosten dem Staat aufzuerlegen seien. Anschliessend fällte die Gerichtspräsidentin das Urteil, eröffnete es dem Beschuldigten mit einer kurzen Begründung mündlich und händigte ihm das Dispositiv aus. Der Staatsanwaltschaft wurde das Dispositiv innert Frist zugestellt (p. 134 ff.).

8. Begründung des Urteils

Mit Eingabe vom 10.12.2018 ersuchte Rechtsanwalt Benjamin gestützt auf Art. 82 Abs. 2 lit. a StPO um eine schriftliche Begründung des Urteils vom 30.11.2018. Dieses Urteil ist somit mangels Berufungsanmeldung in Rechtskraft erwachsen.

II. SACHVERHALT UND BEWEISWÜRDIGUNG

1. Angeklagter Sachverhalt

Im Strafbefehl vom 25.08.2017 wird dem Beschuldigten vorgeworfen, das Kontrollschild [REDACTED] sowie den dazugehörigen Fahrzeugausweis am 30.05.2017 in [REDACTED], trotz behördlicher Aufforderung des Strassenverkehrs- und Schifffahrtsamts (SVSA) nicht fristgerecht abgegeben zu haben (p. 12).

2. Objektive Beweismittel

2.1. Anzeigerapport vom 27.06.2017

Gemäss dem Anzeigerapport der Kantonspolizei vom 27.06.2017 hat das SVSA die Polizei am 06.06.2017 schriftlich beauftragt die Kontrollschilder des Beschuldigten

einzuziehen. Am 16.06.2017 habe die Polizei den Beschuldigten aufgefordert die Kontrollschilder abzugeben. Dies sei am 19.06.2017 durch den Fahrzeughalter erledigt worden.

Weiter wurde im Anzeigerapport die Aussage des Beschuldigten festgehalten, gemäss welcher er sich nicht erklären könne, wo die Briefe vom SVSA geblieben seien. Es müssten sich ja um mindestens drei Briefe handeln, welche er hätte übersehen haben müssen. Diesbezüglich sei er sich sicher, dass er keinen der drei Briefe in seinem Briefkasten vorgefunden habe. Er werde daher noch Abklärungen bei seinen Nachbarn und der Post tätigen. Zudem sei das Fahrzeug in einem einwandfreien Zustand und er hätte gar keinen Grund gehabt, das Fahrzeug beim SVSA nicht vorzuführen.

2.2. Edierte Akten SVSA (p. 44 ff)

Aus den Akten des SVSA ergibt sich, dass das SVSA den Beschuldigten zur Nachprüfung seines Fahrzeuges am 25.04.2017 eingeladen hat. Aufgrund des Nichterscheinens am 25.04.2017 wurde eine weitere Einladung für den 19.05.2017 an den Beschuldigten versandt (p. 46).

Gemäss dem Schreiben des SVSA vom 06.11.2017 (p. 44) wurden dem Beschuldigten die Einladungen vom 25.04.2017 per B-Post und vom 19.05.2017 per A-Post Plus zugestellt. Mit Verfügung vom 19.05.2017 wurde dem Beschuldigten der Fahrzeugausweis entzogen und zur Rückgabe des Fahrzeugausweises und den Kontrollschildern aufgefordert, sofern er sein Fahrzeug nicht innert 10 Tagen in vorschriftsgemäsem Zustand im Verkehrszentrum vorführen sollte (p. 51). Diese Verfügung wurde dem Beschuldigten gemäss Sendungsverfolgung am 20.05.2017 per A-Post Plus zugestellt (p. 52). Mit Schreiben vom 06.06.2017 hat das SVSA den Einzug des Fahrzeugausweises des Beschuldigten durch die Polizei veranlasst (p. 47).

3. Subjektive Beweismittel

3.1. Aussagen des Beschuldigten

Anlässlich der Hauptverhandlung vom 30.11.2018 (p. 117 ff.) sagte der Beschuldigte aus, dass er die Aufforderungen des SVSA sein Fahrzeug am 25.04.2017 und am 19.05.2017 zu prüfen, nicht erhalten habe. Die Verfügung betreffend Einzug der Kontrollschilder vom 19.05.2017, welche ihm offenbar per A-Post Plus zugestellt worden sei, habe er auch nicht bekommen. Er habe diese Verfügung zum ersten Mal gesehen, als Herr Grünig diese ihm auf dem Polizeiposten gezeigt habe. Er sagte weiter aus, dass er sich nicht erklären könne, dass er über mehrere Wochen hinweg mehrere Briefe nicht bekommen habe. Er wohne mit seiner Freundin [REDACTED]. Es sei immer jemand von

ihnen anwesend gewesen, der den Briefkasten geleert habe. Er sei in der fraglichen Zeit auch nicht stark beansprucht gewesen. Seine Freundin sei zu dieser Zeit schwanger gewesen, aber das sei absolut problemlos gewesen. Ihm seien keine Fälle bekannt, in denen er keine Post erhalten habe, das habe immer problemlos funktioniert. Er habe bei der Post angerufen. Das Strassenverkehrsamt habe ihm zuerst gesagt, dass es sich um eingeschriebene Briefe gehandelt habe. Als er dann bei der Post angerufen habe, um zu fragen, wann er für diese Schreiben unterschrieben haben soll, sei ihm gesagt worden, dass es sich um A-Post Plus gehandelt habe.

Der Beschuldigte ergänzte von sich aus, dass es keinen Grund gebe, warum er das Auto nicht vorführen sollte. Das Auto sei in tadellosem Zustand. Er habe auch andere Fahrzeuge z.B. Boot und Bootsanhänger und er habe immer alle Fahrzeuge prüfen lassen. Auch das fragliche Auto habe er in der Vergangenheit immer prüfen lassen. Das Strassenverkehrsamt sei 10 Minuten von ihm entfernt. Es habe keinen Grund gegeben, das Auto nicht vorzuführen, wenn er davon Kenntnis gehabt hätte.

3.2. Aussagen des Zeugen

Anlässlich der Hauptverhandlung vom 30.11.2018 (p. 120 ff.) führte der Zeuge Grünig aus, dass er sich nicht mehr genau erinnern könne, wie er betreffend dem Schildereinzug vorgegangen sei. Normalerweise rufe er beim Strassenverkehrsamt an und frage, ob der Fall noch hängig sei und dann rufe er in der Regel die betroffene Person an. Wenn die betroffene Person nicht erreichbar sei, dann gehe er persönlich vorbei. Von der Adresse des Beschuldigten gehe er davon aus, dass er den Beschuldigten telefonisch erreicht habe. Er könne nicht mehr sagen, wie der Beschuldigte auf das Telefon reagiert habe. Der Beschuldigte sei zumindest für das Erhebungsformular wirtschaftliche Verhältnisse auf den Polizeiposten gekommen. Dabei habe er die Aussagen gemacht, wie sie im Anzeigerapport wiedergegeben seien. Er habe dem Beschuldigten gesagt, dass das Aufforderungsschreiben vom 19.05.2017 gemäss seinen Unterlagen zugestellt worden sei. Er habe ihm (dem Beschuldigten) dann angeboten seine Aussage im Anzeigerapport wiederzugeben. Normalerweise sei in den Anzeigerapporten betreffend Nichtabgabe von Kontrollschildern kein oder nur ein sehr kurzer Sachverhalt.

Auf die Frage, ob das Erstaunen des Beschuldigten echt gewirkt habe, sagte der Zeuge aus, dass er nicht sagen könne, wie der Beschuldigte gewirkt habe oder dass es sich um eine Schutzbehauptung gehandelt habe. In diesen Fällen werde oft die Schutzbehauptung gemacht, die Betroffenen hätten die Verfügung nicht erhalten. Früher hätten sie (die Polizei) die Verfügungen polizeilich zustellen müssen. Inzwischen würden diese per A-Post Plus zugestellt. Der Briefträger scanne das Couvert, wenn er es in den Briefkasten

zustelle. Die Zustellung mit A-Post Plus habe auf Seiten der Polizei zu einer Entlastung geführt.

4. Unbestrittener und bestrittener Sachverhalt

Unbestritten ist, dass der Beschuldigte der Aufforderung des SVSA, sein Fahrzeug zur vorgeschriebenen Nachprüfung vorzuführen, zweimal nicht folgte. In der Folge verfügte das SVSA am 19.05.2017 den Entzug des Fahrzeugausweise betreffend des auf den Beschuldigten eingelöste Fahrzeug der Marke Audi mit dem Kontrollschild [REDACTED] und forderte den Beschuldigten mittels einer A-Post Plus Sendung auf, den Fahrzeugausweis und die Kontrollschilder innerhalb von 10 Tagen abzugeben (p. 4). Der Beschuldigte hat auch dieser Aufforderung nicht Folge geleistet, weshalb das SVSA die Kantonspolizei Bern mit Schreiben vom 06.06.2017 beauftragte, den Fahrzeugausweis und die Kontrollschilder einzuziehen (p. 6). Der Beschuldigte gab das Kontrollschild am 19.06.2017 der Polizei ab, nachdem er am 16.06.2017 von dieser telefonisch kontaktiert wurde (p. 2).

Der Beschuldigte bestreitet, von den Einladungen zur Fahrzeugprüfung vom 25.04.2017 und vom 19.05.2017 sowie der Verfügung betreffend Entzug des Fahrzeugausweises Kenntnis gehabt zu haben (p. 117 Z. 26-36).

5. Beweiswürdigung

Das Gericht würdigt das Ergebnis der Beweisaufnahme und fällt das Urteil nach seiner freien, aus der Hauptverhandlung und den Akten gewonnenen Überzeugung (Art. 350 Abs. 2 i.V.m. Art. 10 Abs. 2 StPO). Freie Beweiswürdigung bedeutet, dass jede verurteilende Erkenntnis auf der aus der Beweiswürdigung geschöpften Überzeugung des Gerichts von der Schuld der beschuldigten Person beruhen soll. Die freie Beweiswürdigung gründet auf gewissenhaft festgestellten Tatsachen und logischen Schlussfolgerungen; sie darf sich nicht auf blossen Verdacht oder blosser Vermutung stützen (BSK StPO-HOFER, 2. Auflage 2014, Art. 10 N 58 und 61, m.w.H.). Bestehen unüberwindliche Zweifel an der Erfüllung der tatsächlichen Voraussetzungen der angeklagten Tat, so geht das Gericht von der für die beschuldigte Person günstigeren Sachlage aus (Art. 10 Abs. 3 StPO).

Das Gericht erachtet sowohl die Aussagen des Beschuldigten als auch diese des Zeugen als glaubhaft. In Bezug auf die Frage, ob der Beschuldigte Kenntnis der Schreiben des SVSA, insbesondere der Entzugsverfügung vom 19.05.2017 hatte, kann festgehalten werden, dass sich dies aus den Akten nicht erstellen lässt. Aus den vom SVSA edierten Akten wird zwar ersichtlich, dass die Aufforderungen zur Nachprüfung des Fahrzeugs des Beschuldigten am 25.04.2017 und am 19.05.2017 (p. 46) sowie die Entzugsverfügung

vom 19.05.2017 (p. 51) offenbar an [REDACTED] versandt wurden. Ob der Beschuldigte allerdings in Kenntnis der Schreiben bzw. der Verfügung gelangt ist, ist beweismässig nicht erstellt, zumal die Schreiben nicht mit eingeschriebener Post versandt wurden und somit keine Empfangsbestätigung durch den Beschuldigten vorliegt. Es liegt lediglich eine Sendungsverfolgung vor, gemäss welcher die Verfügung vom 19.05.2017 am 20.05.2017 in einen Briefkasten zugestellt wurde (p. 52). Das Gericht erachtet es somit als nicht beweismässig erstellt, dass der Beschuldigte Kenntnis von der Entzugsverfügung des SVSA vom 19.05.2017 hatte.

III. RECHTLICHE WÜRDIGUNG

1. Missbrauch von Ausweisen und Schildern (Art. 97 Abs. 1 lit. b SVG)

Mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder Geldstrafe wird in Anwendung von Art. 97 Abs. 1 lit. b SVG bestraft, wer ungültige oder entzogene Ausweise oder Kontrollschilder trotz behördlicher Aufforderung nicht abgibt.

2. Objektiver Tatbestand

In objektiver Hinsicht wird vorausgesetzt, dass ein Ausweis oder Schild für ungültig erklärt oder entzogen und zu dessen Abgabe aufgefordert wurde. Nach der Rechtsprechung muss die Aufforderung zur Abgabe von Ausweis und Schildern in der Regel vollstreckbar und zuvor ordnungsgemäss eröffnet sein. Dies hat zur Folge, dass eine Bestrafung ausser Betracht fällt, wenn der Adressat von der an ihn gerichteten Entzugsverfügung und Aufforderung zur Abgabe von Ausweis und Schildern infolge eines Eröffnungsfehlers überhaupt keine Kenntnis hat. In diesem Fall fehlt es bereits an einer wirksamen behördlichen Aufforderung wie sei der Tatbestand von Art. 97 Abs. 1 lit. b SVG voraussetzt (BGer 6S.233/2002, E. 1.2. f.).

3. Subjektiver Tatbestand

Zur Bejahung des subjektiven Tatbestandes reicht mit Verweis auf Art. 100 Ziff. 1 SVG und die entsprechende bundesgerichtliche Rechtsprechung fahrlässiges Handeln aus (BGer 6B_298/2009, E. 4; BSK-SVG, 1. Aufl. 2014, BÄHLER, Art. 97 N 17). Mit Verweis auf BGer 6B_539/2009 vom 08.09.2009 wird die Auffassung vertreten, dass in subjektiver Hinsicht die tatsächliche Kenntnisnahme der Abgabeaufforderung vorausgesetzt sei (WEISSENBERGER, Kommentar Strassenverkehrsgesetz und Ordnungsbussengesetz, 2015, Art. 97 N 14).

4. Subsumtion

Gemäss BGE 144 IV 57 vom 21.02.2018 genügt eine Zustellung mit A-Post Plus den Anforderungen einer Zustellung gemäss Art. 85 Abs. 2 StPO nicht, da sich mangels Quittierung dem Track & Trace-Auszug nicht entnehmen lässt, ob tatsächlich jemand die Sendung behändigt hat und um wen es sich dabei handelt, geschweige denn, dass sie tatsächlich zur Kenntnis genommen worden ist (BGE 142 III 599 E. 2.2 mit Hinweisen).

Beim Strassenverkehrsamt handelt es sich zwar nicht um eine Strafbehörde, welche die StPO anwendet. Allerdings werden an die Verfügungen des SVSA betreffend Entzug von Ausweisen strafrechtliche Folgen geknüpft. Sowohl in BGE 6B_539/2009 vom 08.09.2009 (Erw. 2.2.) als auch in BGer 6S.233/2002, E. 1.2. hat das Bundesgericht klar festgehalten, dass eine Verurteilung wegen Missbrauchs von Ausweisen und Kontrollschildern voraussetze, dass der Beschuldigte von der Verfügung Kenntnis hatte.

Vorliegend macht der Beschuldigte glaubhaft geltend, dass er von den Verfügungen des SVSA keine Kenntnis hatte, bis er von der Polizei kontaktiert worden ist.

Aufgrund des gesamten Beweisverfahrens erachtet es das Gericht deshalb nicht als erwiesen, dass der Beschuldigte überhaupt Kenntnis von der Entzugsverfügung vom 19.05.2017 erhalten hatte. Die Bestätigung über die Zustellung per A-Post Plus am 20.05.2017 kann keinerlei Beweis dafür erbringen, dass jemand diese Sendung behändigt hat und dass (und wann) der Beschuldigte Kenntnis von der Verfügung erhalten hat. Zudem ist vorliegend auch keine Sorgfaltspflichtverletzung des Beschuldigten erkennbar, welche eine fahrlässige Begehung begründen würde.

Art. 23 Abs. 1 Satz 2 der kantonalen Strassenverkehrsverordnung (StrVV) sieht vor, dass die Polizei beauftragt werden kann, nicht abgeholte Entzugsverfügungen den Betroffenen auszuhändigen. Diese Bestimmung deutet an, dass eine Entzugsverfügung grundsätzlich mit eingeschriebener Sendung zu eröffnen ist, was auch den allgemeinen Formvorschriften gemäss dem Gesetz über die Verwaltungsrechtspflege entspricht (Art. 44 Abs. 2 VRPG). Es erscheint deshalb fraglich, ob eine Zustellung dieser Entzugsverfügung mit A-Post Plus ihren Zweck überhaupt je erfüllen kann.

IV. KOSTEN UND ENTSCHÄDIGUNGEN

1. Verfahrenskosten

Wird das Verfahren gegen eine beschuldigte Person eingestellt oder wird sie freigesprochen, so wird sie grundsätzlich von der Kostentragung befreit. Dies ist der logische Umkehrschluss zur Regel von Art. 426 Abs. 1 StPO. In solchen Fällen sind die Verfahrenskosten dem Bund oder dem Kanton aufzuerlegen, der das Verfahren geführt hat (Art. 423 Abs. 1 StPO), soweit nicht die Privatklägerschaft oder die antragsstellende Person im Rahmen von Art. 427 Abs. 1 und 2 StPO kostenpflichtig wird. Vorbehalten bleibt sodann die Kostenpflicht bei fehlerhaften Verfahrenshandlungen nach Art. 417 StPO (BSK-StPO, DOMEISEN, zu Art. 426, N 22).

Da der Beschuldigte vollumfänglich freigesprochen wurde und er die Einleitung des Verfahrens weder rechtswidrig noch schuldhaft bewirkt hat und auch dessen Durchführung nicht erschwert hat, kommt keine abweichende Bestimmung zum Zuge (Art. 426 Abs. 2 StPO). Folglich sind die Kosten vom Kanton Bern zu tragen.

Die Verfahrenskosten setzen sich zusammen aus Gebühren von CHF 2'100.00 (inkl. CHF 500.00 Kosten für den Strafbefehl) und Auslagen von CHF 20.00, insgesamt bestimmt auch CHF 2'120.00.

2. Parteientschädigung

Das Gericht hat gemäss Art. 429 StPO bei einem ganzen oder teilweisen Freispruch von Amtes wegen über die Ausrichtung einer Entschädigung an die beschuldigte Person zu befinden.

■■■■■ erhält infolge Freispruchs eine Entschädigung für die angemessene Ausübung seiner Verfahrensrechte, spricht die Anwaltskosten, zugesprochen. Gestützt auf die angemessene Honorarnote von Rechtsanwalt Benjamin Domenig macht dies CHF 5'534.60 (inkl. Auflagen ■■■■■ und MwSt) aus.

Begründung des Urteils vom 30.11.2018

PEN 17 921

Regionalgericht Berner Jura-Seeland
Strafabteilung

Die Gerichtspräsidentin:


Holzer-Zaugg

Die Gerichtsschreiberin i.V.:


De-Souza